

LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN

8. Wahlperiode

Enquete-Kommission

„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“

Kommissionsdrucksache

8/65n-1

6. Juli 2023

INHALT:

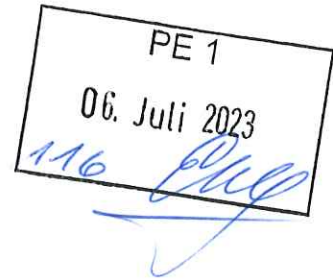
**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
eingegangen am 6. Juli 2023**

Beschlussfassung zur Protokollart

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag des Kommissionsvorsitzenden
- Kommissionsdrucksache 8/65n -



Beschlussfassung zur Protokollart

Die Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ möge beschließen:

Der letzte Satz des Antragstextes,

„Erfolgt eine Gegenrede zur Beantragung eines Wortprotokolls, wird über diesen Antrag in der Enquete-Kommission abgestimmt.“,

wird gestrichen.



Hannes Damm, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Begründung:

Die Enquete-Kommission entscheidet gemäß §6 (4) des Enquete-Kommissionsgesetzes (EKG M-V) über die Art der Protokollierung der Sitzungen. Für den Landtag ist in § 24 der Geschäftsordnung geregelt, dass auch eine einzelne Fraktion die Erstellung eines Wortprotokolls erwirken kann. Diese Regelung sollte per Beschluss nach §6 (4) des Enquete-Kommissionsgesetzes (EKG M-V) auf die Enquete-Kommission übertragen werden.

Es erschließt sich grundsätzlich nicht, warum der Vorsitzende hier für die Enquete-Kommission einen Vorschlag unterbreitet, der hinter den bewährten, demokratischen Regeln des Landtags zurückbleibt. Gerade auch Enquete-Kommissionen werden gemeinhin für die kooperative Arbeitsweise zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen (und den nicht-parlamentarischen Mitgliedern) geschätzt. Dies sollte nicht gefährdet werden. Die Reduzierung dieses Rechts, welches zentral auch der parlamentarischen Nachvollziehbarkeit und Kontrolle dient, auf ein Recht der Mehrheit, ist nicht akzeptabel.

Dass der Wortlaut der Sitzungen derzeit über den Landtagskanal bei dem privaten Diensteanbieter „youtube“ nachvollzogen werden kann, ist vor dem Hintergrund, dass ein privater Anbieter sein Angebot jederzeit einstellen kann, kein adäquater Ersatz für die Möglichkeit eines Wortprotokolls auf Antrag einer Fraktion.